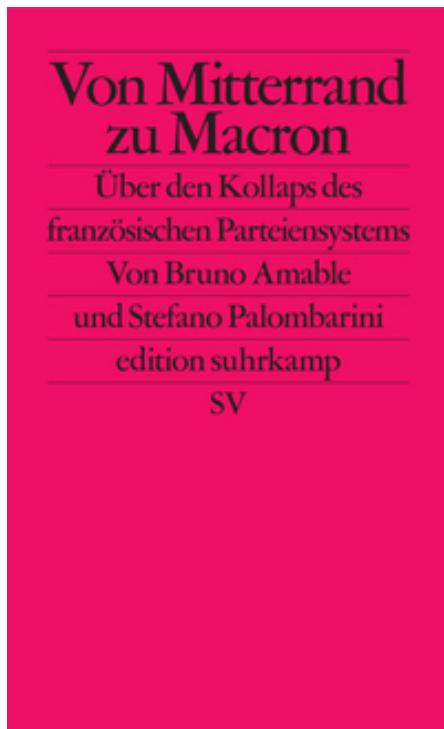


Suhrkamp Verlag

Leseprobe



Amable, Bruno / Palombarini, Stefano
Von Mitterrand zu Macron

Über den Kollaps des französischen Parteiensystems
Aus dem Französischen von Ulrike Bischoff

© Suhrkamp Verlag
edition suhrkamp 2727
978-3-518-12727-8

edition suhrkamp 2727

Mit den Wahlen 2017 implodierte das Parteiensystem der 5. Republik: Gaullisten und Sozialisten mussten dramatische Verluste hinnehmen, dafür bestimmten Le Pen, Mélenchon und Macron mit seiner Bewegung »En Marche!« die Szenerie. Für die Autoren ist dafür auch die »Regierungs linke« verantwortlich: Nach dem Scheitern der ambitionierten Reformen zu Beginn der Präsidentschaft Mitterrands hätten die Sozialisten ihre traditionelle Wählerschaft vernachlässigt und sich in der Hoffnung, man könne in der Mitte einen neuen, »bürgerlichen Block« schmieden, einer neoliberalen Politik verschrieben. Während Macron mit den verbliebenen »Modernisten« regiert, werden »souveränistische« Gegenstimmen immer lauter. Eine brillante Analyse, die auch die Umbrüche in der hiesigen Parteienlandschaft in ein neues Licht rückt.

Bruno Amable, geboren 1961, ist Professor für Ökonomie an der Universität Genf.

Stefano Palombarini, geboren 1966, lehrt Ökonomie an der Université Paris VIII.

Bruno Amable/Stefano Palombarini

Von Mitterrand zu Macron

Über den Kollaps des
französischen Parteiensystems

Aus dem Französischen von Ulrike Bischoff

Suhrkamp

Die Originalausgabe dieses Buches erschien 2017 unter dem Titel *L'illusion du bloc bourgeois. Alliances sociales et avenir du modèle français* bei Raisons d'Agir éditions (Paris). Für die zweite Auflage ihres Buches und die deutsche Ausgabe haben die beiden Autoren ein Vorwort und ein zusätzliches Kapitel (Kapitel 5) geschrieben.

Dieses Buch erscheint im Rahmen des Förderprogramms des französischen Außenministeriums, vertreten durch die Kulturabteilung der französischen Botschaft in Berlin.



edition suhrkamp 2727
Erste Auflage 2018
Deutsche Erstausgabe

© der deutschen Ausgabe Suhrkamp Verlag Berlin 2018

© Raisons d'Agir éditions, 2017

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das
des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung
durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert
oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Satz: Satz-Offizin Hümmer GmbH, Waldbüttelbrunn

Druck: Druckhaus Nomos, Sinzheim

Umschlag gestaltet nach einem Konzept
von Willy Fleckhaus: Rolf Staudt

Printed in Germany

ISBN 978-3-518-12727-8

Inhalt

Vorwort zur 2. Auflage und zur deutschen Ausgabe ..	7
Einleitung	20
1. Die politische Krise: Das Fehlen eines herrschenden gesellschaftlichen Blocks	30
Theoretische Einordnung der politischen Krise ..	30
Die einfachen Bevölkerungsschichten ohne politische Vertretung	37
Woher kommt die Repräsentationskrise der einfachen Bevölkerungsschichten? Das Zerbrechen der alten Bündnisse	57
»Reformistische« Strategien und politische Krise ..	72
2. Die Identität der Parti socialiste im Zentrum der Krise	75
Die Wurzeln der »Wende«: Neoliberalismus und Modernismus	76
Der ideologische Sieg der zweiten Linken	86
Das europäische Projekt im Dienst der sozialliberalen Wende	102
Die Präsidentschaft Hollandes, Endpunkt des Weges	117
3. Der bürgerliche Block: Ein neuer Block mit Vormachtstellung?	120
Ideologischer Sieg der Modernisten und der europäischen Integration: Das Ende des linken Blocks	120

Die Transformation der Beschäftigungsverhältnisse im Zentrum der Entwicklung des Kapitalismus	130
Die schwierige Entstehung des bürgerlichen Blocks	138
Tritt Frankreich in die Fußstapfen Deutschlands? .	148
4. Politische Umstrukturierung	152
Umstrukturierung des politischen Spektrums	
als Folge der politischen Krise	152
Der Zerfall der Linken über die europäische Frage	154
Die Wandlungsfähigkeit des Front National	163
Acht Projekte im neuen politischen Raum	175
5. Das Kapitalismusmodell im Kern des politischen Konflikts	189
Der Sieg Macrons und des bürgerlichen Blocks . .	193
Macrons Strategie: Eine stärkere Verknüpfung von EU und »Reformen«	202
Die Opposition in der strategischen Sackgasse . .	213
Der bürgerliche Block: Ein politisches Projekt mit ungewissen Aussichten	229
Für eine neue linke politische Strategie	239
Schluss	242

Vorwort zur 2. Auflage und zur deutschen Ausgabe

Dieses Buch analysiert die politische Entwicklung in Frankreich über mehrere Jahrzehnte hinweg in Verbindung mit den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformationsprojekten, die sie geprägt haben. Es befasst sich mit der Krise der alten Regierungsparteien, dem Sieg Emmanuel Macrons bei den Präsidentschaftswahlen 2017, dem umfangreichen Programm neoliberaler institutioneller Reformen, die der neue Präsident unverzüglich in Angriff genommen hat, sowie mit der politischen Umstrukturierung und Veränderung der gesellschaftlichen Allianzen in Frankreich.

Frankreich besitzt sicher ausgeprägte Besonderheiten, weist aber auch gemeinsame Merkmale mit einem Großteil des europäischen Kontinents auf. Daher verbietet es sich keineswegs, gestützt auf die im vorliegenden Buch dargelegte Analyse die wirtschaftlichen und politischen Dynamiken anderer Länder zu erhellen und eine Diagnose zu den Perspektiven der europäischen Einigung zu entwickeln.

Der Niedergang der Parti socialiste (PS), der Sozialistischen Partei, lässt sich in erster Linie als Symptom einer allgemeineren Krise in den Regierungserfahrungen der »reformistischen Linken« – ein Begriff, der immer weniger zutrifft – Europas interpretieren. Wie die Analyse des Zusammenbruchs der PS zeigt, handelt es sich dabei weniger um eine Sackgasse des sogenannten »sozialdemokratischen« Projekts als vielmehr um die Endphase eines Prozesses, in dem die im Wesentlichen linken Parteien nicht nur in Frankreich, sondern auch in Spanien, Italien, Deutschland, Griechenland und den Niederlanden neoliberalen Reformen umgesetzt haben.

Alle Parteien, die diesen Versuch aktiv betrieben haben (Partido Socialista Obrero Español, Partito Democratico, SPD, Pasok, Partij van de Arbeid ...), haben in der Folge im Grunde ganz ähnliche Wahlniederlagen erlitten wie die französische Parti socialiste, wenn auch in unterschiedlichem Maße.

Andererseits ist in einem Großteil des Kontinents das Aufkommen einer nationalistischen oder »identitären« Rechten zu beobachten, die aus je nach Land unterschiedlichen Gründen den gegenwärtigen Zustand oder die Fortführung der europäischen Integration kritisiert, wie es in Frankreich mit dem Front National (FN)* der Fall ist. In Deutschland ist das markanteste politische Phänomen der letzten Jahre der Aufstieg der Alternative für Deutschland (AfD), die ursprünglich aus Opposition gegen den Euro gegründet wurde, aber zunehmend zu recht klassischen fremdenfeindlichen rechts-extremen Positionen übergegangen ist. In Großbritannien hat sich die United Kingdom Independence Party (UKIP) zum Bannerträger eines Protests gegen die Europäische Union gemacht, der in der öffentlichen Meinung des Landes recht tief verankert ist. Eine ganz ähnliche Rolle spielt in Italien die Lega Nord, die sich nach dem Vorbild des Front National von einer regionalistischen, föderalistischen Bewegung zu einer nationalistischen Partei gewandelt hat.

Die Schwächung der europafreundlichen Rechten und der Niedergang der »reformistischen Linken« haben den Weg für völlig neue Regierungskoalitionen eröffnet, die den Fortbestand des europäischen Einigungswerks gewährleisten wol-

* Der Front National hat sich Anfang Juni 2018 in Rassemblement National (»Nationale Sammlungsbewegung«) umbenannt. Da in diesem Buch allerdings das französische Parteiensystem der letzten dreißig bis vierzig Jahre im Mittelpunkt der Untersuchung steht, wird durchgehend die alte Bezeichnung verwendet (Anmerkung der Übersetzerin).

len und ausgeprägte Ähnlichkeiten mit dem in Frankreich von Emmanuel Macron gebildeten bürgerlichen Block besitzen: Das gilt für die Große Koalition in Deutschland, aber auch für das faktische Bündnis von Partito Democratico und Forza Italia (der Partei Silvio Berlusconis), das von 2013 bis 2018 Italiens Regierungen stützte.

Ursache dieser politischen Umwälzungen war der Zerfall der gesellschaftlichen Allianzen, auf die sich der Wechsel von sogenannten rechten oder linken »Regierungskoalitionen« stützte. Dieser Zerfall destabilisiert das politische System in zahlreichen europäischen Ländern: Meist wird er auf den Interessengegensatz zwischen den gesellschaftlichen Gruppen reduziert, die sich zu den wirtschaftlichen »Globalisierungsgewinnern« zählen, und jenen, die sich als Verlierer dieses Prozesses sehen. Zumindest in Frankreich finden sich »Gewinner« und »Verlierer« sowohl in den Bevölkerungsgruppen, die sich der Rechten zurechneten, wie auch in solchen, die der Linken angehörten, was teilweise die Hypothese bestätigt, die in der Globalisierung der Wirtschaft den Ursprung der gegenwärtigen politischen Umbrüche sieht.

Die Analyse des französischen Beispiels lässt indes andere ursächliche Faktoren erkennen und ermöglicht somit weitere Hypothesen, nach denen man die auf dem europäischen Kontinent wirkende Dynamik interpretieren kann. Zunächst einmal bestehen innerhalb der Linken schon lange Spannungen zwischen dem Flügel, der Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen tiefgreifend verändern will, um den Kapitalismus zu überwinden, und jenem Flügel, der den Reizen der Marktmechanismen erlegen ist und zumindest zum Teil neoliberale Ansichten vertritt. Diese Spannungen sind bereits einige Jahrzehnte älter als der relativ schwache Einfluss, den Blairs dritter Weg auf die Parti socialiste ausüben konnte. Die gegenwärtige Phase markiert eine weitere Etappe in den kon-

fliktreichen Beziehungen zwischen Strömungen, die bislang mehr oder weniger gut im Rahmen desselben »sozialdemokratischen« politischen Projekts nebeneinander existierten. Der Zerfall des linken Blocks in Frankreich entspricht dem Ergebnis, das die »zweite Linke« (*deuxième gauche*) mit ihrem Handeln angestrebt hat, da sie in den Arbeitern im linken Block ein Hindernis für die »Modernisierung« sah, der sie sich verpflichtet fühlte. Auch in der Rechten reichen die Reize neoliberaler Politik bereits bis in die Anfänge dieser ideologischen Strömung zurück, deren Einfluss in den konservativen Parteien seit der Krise in den siebziger Jahren nur noch gewachsen ist. Die Erfahrungen der radikalen neoliberalen Wende, die Ronald Reagan in den Vereinigten Staaten und Margaret Thatcher in Großbritannien in den achtziger Jahren betrieben, besaßen seither ideologische Anziehungs- kraft für einen Teil der Politiker, aber auch für manche Kreise der traditionellen rechten Wählerschaft und trugen zur Krise der Rechten bei, da andere Gruppen ihrer Wähler nach wie vor vom Staat eine »Schutzfunktion« erwarten und zumindest bestimmte Aspekte der neoliberalen Wende ablehnen.

Die zunehmende Krise der traditionellen politischen Blöcke hat – in Frankreich wie auch in anderen Ländern – mehrere Analysten zu der Ansicht gebracht, die Links-rechts-Spaltung, die lange die politische Landschaft strukturiert hat, stünde im Begriff, schwächer zu werden bzw. völlig zu verschwinden. An ihre Stelle trate eine neue Polarisierung zwischen »Europabefürwortern« und »Nationalisten« oder, nach einer anderen, aber komplementären Version, zwischen den »Verantwortungsbewussten«, die auf einen ausgeglichenen Staatshaushalt und auf langfristig für die wirtschaftliche Entwicklung förderliche Faktoren achten, und den »Populisten«, die als einziges Ziel den direkten Kontakt zu den unmittelbaren Wählerinteressen anstreben. Manche wollten dieser

Spaltung sogar das Etikett des von gewissen Politologen zum Fetisch erhobenen Gegensatzes von »kulturellem« Autoritarismus und Liberalismus anheften. Dem Aufstieg Macrons kommt zumindest das Verdienst zu, mit diesen Illusionen eines libertären Neoliberalismus aufgeräumt zu haben, indem er gezeigt hat, in welchem Maße sich eine radikale neoliberalen Transformation der Gesellschaft auf brutale Polizeiressessionen und signifikante Einschränkungen bürgerlicher Freiheiten stützen kann oder muss.

Die in diesem Buch vorgestellte Untersuchung der französischen Dynamik erlaubt eine Verfeinerung und zugleich eine Kritik des theoretischen Schemas, das die in Europa derzeit stattfindenden politischen Umwälzungen ausgehend von einer Veränderung der Konfliktlinien deutet, die das politische Spektrum strukturieren.

Zunächst unterstreicht unsere Analyse, dass die Schwächung der Links-rechts-Spaltung – anders als man meinen könnte – einer Verschärfung des Klassenaspekts des politischen Konflikts entspricht. Der alte linke Block in Frankreich wie auch in anderen Ländern umfasste einfache Bevölkerungsschichten (*classes populaires*)* (Arbeiter, gering qualifizierte Angestellte) und einen Teil der Mittelschicht (Lohnabhängige und Führungskräfte des öffentlichen Sektors, Akademiker, kreative Berufe ...). Auch der rechte Block war eine schichtübergreifende Allianz, in der sich der andere Teil der Mittel- und Oberschicht (Führungskräfte der Privatwirtschaft, Freiberufler, Teile der intermediären Berufe) und einfache Bevölkerungsschichten aus dem Bereich der Selbständigen

* Zu den *classes populaires*, hier mit »einfache Bevölkerungsschichten« übersetzt, zählen alle, die nicht zur Mittel- und Oberschicht gehören, also Arbeiter, Angestellte ohne leitende Funktion, gering qualifizierte Beschäftigte, Bauern, Handwerker, Kleingewerbetreibende u. Ä. (Anm. d. Übers.).

(Handwerker, Kaufleute) und der Landwirtschaft wiedererkannten. Dagegen trennt die politische Differenzierungsachse, die sich derzeit offenbar herauskristallisiert, eindeutig die gutsituierten Schichten, die sich im bürgerlichen Block zur Verteidigung der europäischen Integration zusammengeschlossen haben, von sämtlichen einfachen Schichten, die nun die Globalisierung der Wirtschaft und zunehmend sogar den europäischen Einigungsprozess als unmittelbare Bedrohung ihrer Lebensbedingungen wahrnehmen.

Des Weiteren zeigt unsere Analyse, dass das Auftreten dieser neuen Spaltung problematisch ist, und zwar sowohl im Hinblick auf die Bedingungen, die einen Ausweg aus der politischen Krise Frankreichs wie auch anderer Länder erlauben würden, als auch auf die politischen Wechselperspektiven. Einerseits erscheint der bürgerliche Block kohärent in der Unterstützung der europäischen Integration und neoliberaler Reformen; da er aber in erster Linie die Interessen der privilegierten Schichten vertritt, ist er wohl dazu verdammt, eine gesellschaftliche Minderheit zu bleiben. Andererseits sind die politischen Forderungen eines hypothetischen alternativen Blocks, der geeignet wäre, sämtliche einfache Schichten zu vereinen, äußerst widersprüchlich: vor allem zu grundlegenden Themen wie der sozialen Absicherung und dem Arbeitsrecht. In diesen Fragen sind die traditionell zur Rechten tendierenden Teile der einfachen Schichten zumindest teilweise für »Reformen«, die bei der lohnabhängigen einfachen Bevölkerung auf Ablehnung stoßen.

Auch wenn die Gegenüberstellung von Rechten und Linken anscheinend nicht mehr imstande ist, das Profil des politischen Konflikts in Europa erschöpfend zu erfassen, so wäre doch eine Lesart, die den politischen Raum auf die Achse von Europabefürwortern/Verantwortungsbewussten einerseits und Nationalisten/Populisten andererseits reduziert,

unzureichend und trügerisch. Denn die gegenwärtigen politischen Umstrukturierungen sind nur in Verbindung mit den Transformationen der sozioökonomischen Modelle in Europa zu begreifen.

Zunächst ist zu betonen, dass die in mehreren Ländern zu beobachtenden »proeuropäischen« und »antieuropäischen« politischen Strategien von nationalen politischen Interessen geleitet sind. So lässt sich das Paradox erklären, dass der französische Präsident Macron und die deutsche FDP in der Frage einer Eurozonenreform gegensätzliche Ansichten vertreten, obwohl sie im Hinblick auf die Gesellschaft und das Wirtschaftsmodell ihres jeweiligen Landes im Grunde die gleichen Ziele anstreben.¹ Das ist allerdings nur scheinbar ein Paradox. Denn in beiden Fällen handelt es sich um dieselbe politische Strategie, ein neoliberales Modell zu verwirklichen, indem man den unterschiedlichen nationalen Zwängen Rechnung trägt. Im einen Fall – Deutschland – erfordern diese Beschränkungen, dass man eine signifikante Reform der Eurozone ablehnt, weil man glaubt, damit sei ein Resourcentransfer in andere Länder verbunden, was die für eine Fortführung des neoliberalen Wandels in Deutschland notwendige gesellschaftliche Basis schwächen würde. Im anderen Fall, also in Frankreich, ist die Reform der Eurozone dagegen sowohl aus »wirtschaftlichen« Gründen unerlässlich – ohne Haushaltsföderalismus bleibt die Währungsunion unvollständig und es fehlt der Handlungsspielraum für eine an-

¹ Vor den deutschen Bundestagswahlen im Herbst 2017 erklärte Macron, wenn die FDP sich an einer Koalition mit der CDU/CSU beteilige, sei er erledigt. Siehe Frédéric Lemaître, »Une coalition CDU – parti libéral: le cauchemar de Macron«, in: *Le Monde* (7. September 2017), online verfügbar unter: https://www.lemonde.fr/idees/article/2017/09/07/une-coalition-cdu-parti-liberal-le-cauchemar-de-macron_5182176_3232.html (Stand Juli 2018).

tizyklische makroökonomische Politik, die umso notwendiger wird, je stärker der Arbeitsmarkt liberalisiert und damit die automatischen Stabilisatoren geschwächt werden – als auch aus »politischen« Gründen, da ein Teil des gesellschaftlichen Blocks, auf den sich Macron stützt, den neoliberalen Wandel nur insoweit mitträgt, wie er die europäische Integration fördert.

Daher muss man eine allzu vereinfachende Sicht der Strukturierung des politischen Konflikts ablehnen; zumal die Analyse der Dynamik in Frankreich, die auch in dieser Hinsicht mit der in Italien, Spanien und Deutschland vergleichbar ist, die Vielfalt der Programme unterstreicht, die sich auf die für die sozioökonomische Organisation grundlegenden Institutionen – wie Gestaltung der Beschäftigungsverhältnisse, internationale Einbindung oder soziale Absicherung – auswirken. Diese Feststellung veranlasst dazu, die gegenwärtigen politischen Umstrukturierungen weder ausgehend vom alten Links-rechts-Schema noch von einer neuen Polarisierung Europa/Nation zu analysieren, sondern aufgrund der Kapitalismusmodelle, auf denen die verschiedenen Projekte beruhen.

Denkt man über Archetypen nach, so lässt die Analyse der französischen Dynamik drei politische Hauptprojekte erkennbar werden, von denen jedes sich an einer spezifischen Sicht der sozioökonomischen Organisation des Ganzen orientiert (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Drei sozioökonomische Modelle

	neoliberal	sozialistisch-ökologisch	illiberal-identitär
Beschäftigungsverhältnis	Unterordnung der Arbeit unter die Kapitalinteressen; wenig oder gar kein Kündigungsschutz; Individualisierung; keine Anerkennung der Kollektivinteressen von Lohnabhängigen	Anerkennung der Machtasymmetrie von Arbeitnehmern und Arbeitgebern; Kündigungsschutz, Regeln zum Mindestlohn und zur Begrenzung von Ungleichheit; anerkannte Rolle der Gewerkschaften	keine echte Berücksichtigung der Kollektivinteressen von Arbeitnehmern; Streben nach einem unwahrscheinlichen Mittelweg zwischen schutzloser Individualisierung und Kollektivschutz
soziale Absicherung	minimale Absicherung (Sicherheitsnetz) und individuelle Privatversicherungen	Kollektivschutz und beitragsunabhängige Sozialleistungen	nach Nationalität/Identität differenzierter Schutz: minimal für Nichtstaatsbürger
Produktion	Privatisierung öffentlicher Dienste; Wettbewerbsideologie, praktisch und politisch jedoch zugunsten von Privatinteressen und Konzernen	Rücküberführung bereits privatisierter öffentlicher Dienste in Staats-/Kommunalbesitz; Schutz der Verbraucher gegen wettbewerbsfeindliche Praktiken großer Konzerne	»freier Wettbewerb« im nationalen Rahmen; Schutz kleiner und nationaler Produzenten

	neoliberal	sozialistisch-ökologisch	illiberal-identitär
Finanzen	Ausweitung des Finanzsektors; Anwendung der Finanzlogik auf sämtliche wirtschaftspolitischen Entscheidungen	Einhegung des Finanzsektors und Begrenzung seines Einflusses auf Wirtschaftentscheidungen	Schutz vor der globalisierten Finanzwelt, zumindest verbal
Bildung	privatisiertes, konkurrenzorientiertes und elitäres Bildungssystem	öffentlichtes Bildungssystem mit egalitarem Anspruch	Toleranz gegenüber einem privatisierten/konfessionellen Bildungssystem; kein egalitärer Anspruch
Umwelt	das Problem wird den Marktmechanismen und der Privatiniziative überlassen, eventuell mit staatlicher Förderung	Anerkennung der ökologischen Dringlichkeit und Planung des Ausstiegs aus dem gegenwärtigen, auf nicht erneuerbaren Energien beruhenden System	aktives Desinteresse beziehungsweise Negierung des Problems
europäische Integration	zentrales Projekt und Instrument zur Umsetzung des neoliberalen Modells	Spannungen zwischen dem Streben nach einem »anderen Europa« und der Feststellung, dass die EU ein Vektor der neoliberalen Transformation so-	gilt als Problem, obwohl gewisse wirtschaftspolitische Ausrichtungen mit der EU kompatibel sind

	neoliberal	sozialistisch-ökologisch	illiberal-identitär
		zioökonomischer Modelle ist	
Migration	Zuwanderung wird strikt von dem vom Kapital geäußerten Bedarf abhängig gemacht	Widerspruch zwischen egalitarem/universalistischem Ideal und den von den einfachen Schichten dieses gesellschaftlichen Blocks geäußerten Ängsten und Befürchtungen (Löhne, Lebensbedingungen...)	Zuwanderung wird auf ein Minimum beschränkt beziehungsweise bekämpft
Demokratie/ bürgerliche Freiheiten	Missstrauen gegenüber demokratischen Prozessen; Verankerung der Wirtschaftspolitik in der Verfassung; nötigenfalls Einsatz brutaler Gewalt	radikale Demokratie	Delegation der Entscheidungen an den Regierungschef; häufiger Einsatz brutaler Repressionen
gesellschaftlicher Block	bürgerlicher Block, im Kern bestehend aus der Oberschicht (Kapital) und der gehobenen gebildeten	zerfallender linker Block mit mehreren möglichen Neuzusammensetzungen je nach Haltung zu »Europa«: Rückge-	Neuzusammensetzung/Ausweitung des rechten Blocks mit dem Schwerpunkt auf einfache Schichten (Selbständige)

	neoliberal	sozialistisch-ökologisch	illiberal-identitär
	ten Mittelschicht	winnung der verlorenen einfachen Schichten oder Konzentration auf das intellektuelle Kleinbürgertum	

Betrachtet man die Basis dieser drei Modelle, die in den Programmen der wichtigsten Parteien und Bewegungen Frankreichs die institutionellen Reformprojekte strukturieren, so begreift man die Schwierigkeit, einen mehrheitsfähigen Kompromiss zu finden, der eine echte Lösung der in diesem Buch dargelegten politischen Krise ermöglichen würde. Jedes dieser drei Projekte entspricht einer gesellschaftlichen Allianz, die eine Minderheit vertritt; aber ein Kompromiss zwischen zweien dieser drei Projekte ist schwer vorstellbar. So regiert Macron Frankreich mit Unterstützung des bürgerlichen Blocks (der eine gesellschaftliche Minderheit darstellt). Die Bildung einer hypothetischen antibürgerlichen Front, die sämtliche einfachen Bevölkerungsschichten vereinen würde, sieht sich mit erheblichen Widersprüchen in den Erwartungen konfrontiert, die sich auf Beschäftigungsverhältnisse, soziale Absicherung, Bildungssystem oder auch Umweltfragen beziehen, ganz zu schweigen von Migration oder bürgerlichen Freiheiten. Zugleich stieße die Ausweitung des bürgerlichen Blocks auf die Wählerschaft, die sich im Wesentlichen dem Front National zuwendet, auf das Hindernis, dass sie gegensätzliche Einstellungen zur Europafrage vertritt; und eine Ausweitung nach »links« erscheint in Anbetracht des Inhalts der Reformen, die den Kern von Macrons Programm bilden, unmöglich.

Die durch die Auswirkungen der internationalen Verflechtung der Wirtschaft entstandene Tripolarisierung einer zuvor durch den – keineswegs verschwundenen – Rechts-links-Gegensatz strukturierten politischen Landschaft prägt nicht nur Frankreich: Ähnliche Merkmale sind auch in Italien, Spanien, Großbritannien und Deutschland zu finden. Das bringt uns zu dem Schluss, dass die Krise der politischen Repräsentation, die sich zu einer Krise der Demokratie zu verschärfen droht, Gefahr läuft, auf den ganzen europäischen Kontinent überzugreifen.

Durch eine eventuelle Reform der europäischen Institutionen, eine schwere Krise der EU oder der Währungsunion würden die Karten für die zukünftige Dynamik sicher völlig neu gemischt. Aber auch die institutionellen Veränderungen in jedem einzelnen Mitgliedsland spielen eine entscheidende Rolle, denn der vollständige Übergang zum neoliberalen Modell, den Macron wie auch andere europäische Regierungen in ihrem Programm vorsehen, wird die gesellschaftlichen Erwartungen sowie die Definition und das politische Gewicht sozioökonomischer Gruppen und somit das Profil denkbarer gesellschaftlicher Allianzen tiefgreifend verändern. Der politische und gesellschaftliche Konflikt, der gegenwärtig in Frankreich und allgemein in Europa zutage tritt, ist daher von erheblicher Bedeutung: Sein schwer vorhersehbarer Ausgang wird nicht nur die Organisation des Kapitalismus auf dem Kontinent tiefgreifend prägen, sondern auch eine neue, dauerhafte Grenze zwischen den herrschenden Gesellschaftsschichten, die am machthabenden Block partizipieren, und den beherrschten Schichten ziehen, deren Interessen durch das staatliche Handeln geopfert werden.

Einleitung

Die französische Politik befindet sich im Umbruch. Zu Beginn des Präsidentschaftswahlkampfs 2017 erzielten unabhängige Kandidaten – Emmanuel Macron, Jean-Luc Mélenchon – wie auch eine Partei, die als »gegen das System gerichtet« gilt, der Front National, in Umfragen beträchtliche Stimmenanteile. Die politischen Parteien, die in der 5. Republik Regierungsverantwortung übernommen haben, sind eindeutig geschwächt, während der scheidende Präsident François Hollande darauf verzichtete, sich um eine zweite Amtszeit zu bewerben. Diese Fragmentierung des politischen Spektrums geht mit einer Vervielfachung der Themen einher, bei denen die Programme der Präsidentschaftskandidaten unterschiedliche Positionen vertreten. Die Beteiligung am Aufbau Europas, die Einbindung in die Weltwirtschaft, das Arbeitsrecht, die soziale Absicherung, die Finanzierung der Renten – das alles sind Bereiche, in denen die früheren Kompromisse infrage gestellt werden und die Zukunftspläne divergieren.

Der politische Konflikt bezieht sich nicht mehr nur auf die »üblichen« Instrumente der Wirtschaftspolitik – Staatsausgaben, Steuern, Höhe des Mindestlohns usw. –, sondern unmittelbar auf die Institutionen, die den französischen Kapitalismus strukturieren: Manche Strategien möchten deren Besonderheiten verteidigen, andere wollen sie radikal nach neoliberalen Prinzipien umgestalten. Daher hängen die politische Krise und der Konflikt über die Institutionen zusammen, und zwar in zweierlei Hinsicht: Das Bestreben, den französischen Kapitalismus an neoliberalen Regeln auszurichten, das in den vergangenen dreißig Jahren vornehmlich